

# „Nur Solidarität bietet ausreichend Schutz“

Das Hochwasser und die Frage „Was wäre wenn?“ / Katastrophenszenarien für Rheinland-Pfalz und Hessen

**MAINZ/WIESBADEN** – Die Hochwasser-Bilder aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Bayern wird niemand so schnell vergessen. Die bange Frage „Was wäre, wenn...“ bewegt die Menschen der Rhein-Region zwischen Worms, Mainz und Bingen ebenso wie die Anwohner von Mainz und Nahe: Was wäre, wenn auch bei ihnen die Fluten vor der Haustüre stehen? Die Katastrophenschutzplaner in Rheinland-Pfalz und Hessen haben entsprechende Szenarien durchgespielt.

Von unserem Redaktionsmitglied Lars Hennemann

Alle diskutieren über Pegelstände: 9,29 Meter an der Elbe in Dresden, was bedeutet dies im Rheintal? Die Debatte ist schwierig. Zu unterschiedlich die Flüsse und die sie umgebende Bebauung, zu unterschiedlich die Deichsysteme. Und doch existieren auch für die Rheinregion Prognosemodelle. Basierend auf der auch in langfristigen Beobachtungsperspektiven als Jahrhunderthochwasser einzustufenden Flut vom November 1882 hat die Internationale Kommission zum Schutz des Rheins (IKSR) eine Projektion vorgenommen und diese zwischen

Karlsruhe-Maxau und Bingen noch um einen halben Meter erhöht (so genanntes zweihundertjähriges Hochwasser). Auch Deichbrüche wurden dabei einkalkuliert.

### 777 400 Betroffene

1882 waren am Pegel Mainz 7,95 Meter gemessen worden, in Worms waren es 8,22 Meter. Überträgt man diese Wassermenge nach der genannten Projektion auf die heutige Bebauung und Besiedlung der Rheinebene, ergibt sich ein drastisches Bild: 777 400 Menschen würden im Falle eines solchen Ereignisses zwischen Maxau und Bingen auf Überschwemmungsflächen leben; 322 400 wären unmittelbar gefährdet, weil die Wassertiefe

mehr als zwei Meter betragen würde.

Bis zu einer Wassertiefe von 50

Zentimetern kann nach Meinung der IKSR-Experten das Eindringen von Wasser in Gebäude mit einfachen Mitteln wie etwa Sandsäcken verhindert werden. Bis zu einer Tiefe von zwei Metern besteht nur eine geringe Gefahr für Menschen. Dieses Risiko steigt, wenn das Wasser höher als zwei Meter steht und in höhere Stockwerke der Häuser eindringt. Beträgt die Wassertiefe mehr als vier Meter, besteht akute Lebensgefahr für Menschen, an Häusern entstehen Totalschäden. Diese Einschätzungen gelten für stehendes oder langsam strömendes Wasser, was der Normalfall in den Überschwemmungsgebieten entlang des Rheins ist.

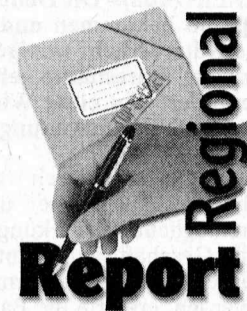
Die Experten weisen darauf hin, dass die Möglichkeit, dass alle theoretisch denkbaren Überschwemmungsflächen zeitgleich von einem Hochwasser betroffen sind, statistisch extrem unwahrscheinlich ist. Außerdem verfügt der Oberrhein nach Einschätz-

zung der IKSR zwischen dem badischen Iffezheim und Bingen seit der 1817 begonnenen Begradigung des Flussbettes über ein bis heute seine Schutzfunktion grundsätzlich erfüllendes Deichsystem.

### Deiche verstärkt

Allerdings wurden am Oberrhein zwischen Basel und Iffezheim zwischen 1932 und 1977 zur Nutzung der Wasserkraft und zur Verbesserung der Schifffahrtssituation zehn Staustufen gebaut, so dass die alten Deiche verstärkt werden müssen. „Bis 2009 haben wir alle 150 Kilometer Deichstrecke saniert. Dann sind wir wieder für ein 200-jähriges Hochwasser gewappnet“, sagt Torsten Kram, Sprecher des rheinland-pfälzischen Umweltministeriums. Bis heute seien bereits 60 Deich-Kilometer verstärkt.

Schutz gegen Hochwasser verleihe, so Kram, nur eine Solidargemeinschaft: „Jeder, der flussabwärts wohnt, profitiert von stromaufwärts liegenden Maßnahmen. Rheinland-Pfalz und an-



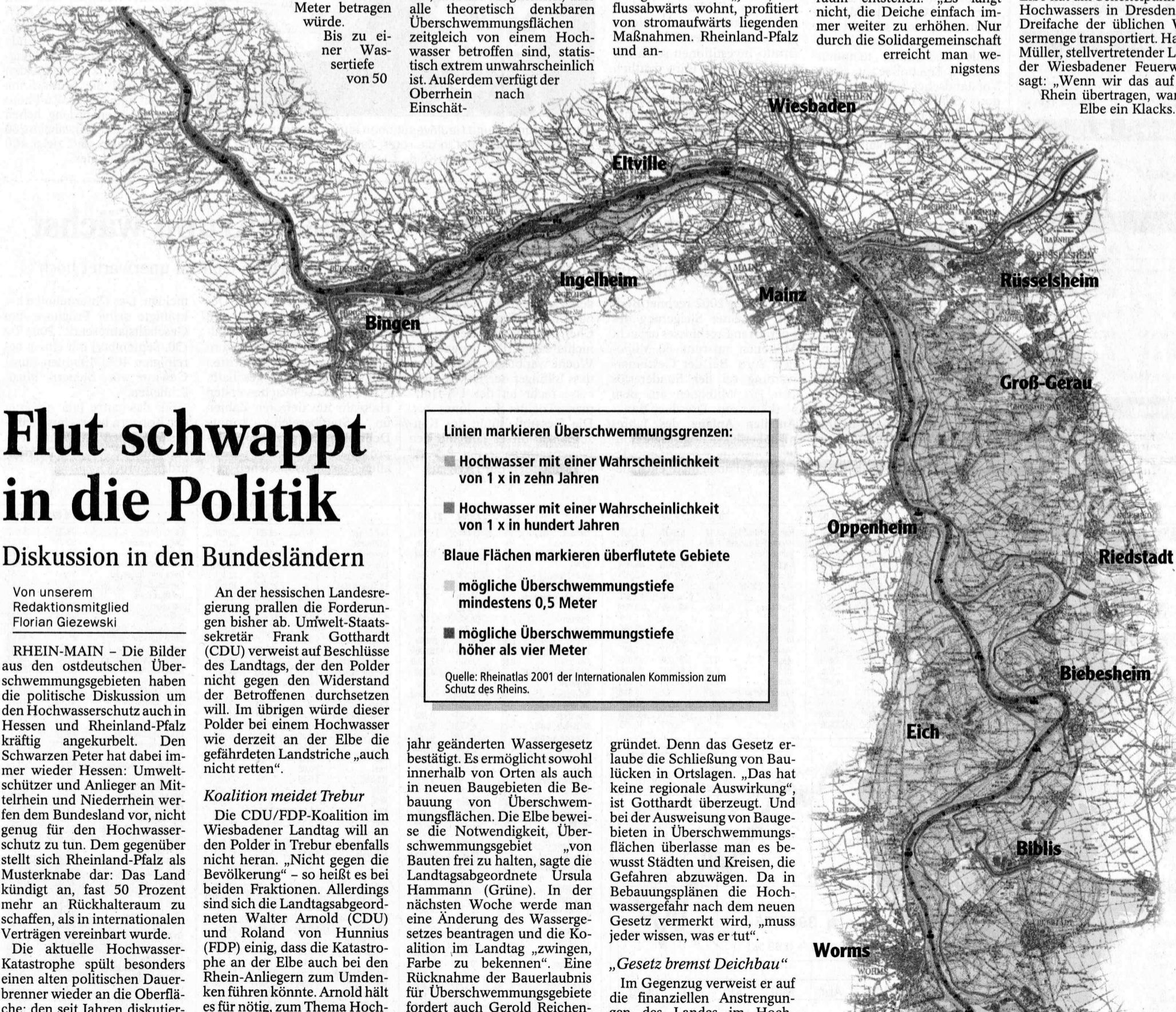
## Hochwasser

dere Rheinanlieger setzen daher auf so genannte gesteuerte Polder, in die man Fluten gezielt ableiten kann, sowie durch das Zurücknehmen der Deichlinie entstehende Rückhalteräume. „Polder sind unter anderem bei Mainz-Laubenheim und Ingelheim geplant, bei Worms soll ein Rückhalteraum entstehen. „Es langt nicht, die Deiche einfach immer weiter zu erhöhen. Nur durch die Solidargemeinschaft erreicht man wenigstens

im ländlichen Raum Sicherheit für alle“, sagt Kram.

Und in den Städten? „Gegen eine Flutwelle kann man in Städten wie Mainz oder Bingen im Prinzip keine bauliche Vorsorge treffen. Dazu müsste man die Uferstraßen abreißen“, sagt Kram lapidar. „Die Städte sind auf die Solidarität des Umlandes angewiesen. Von daher ist es unverständlich, dass das Land Hessen sich an allen Maßnahmen nur finanziell beteiligt und seit 1977 nichts für das geplante Polder in Trebur tut.“

Von dem von den IKSR-Strategen erstellten Szenario wäre auch die hessische Landeshauptstadt Wiesbaden betroffen, große Flächen in den Stadtteilen Schierstein, Biebrich, Amöneburg, Kostheim und Kastel stünden unter Wasser. Auch die Trinkwasserversorgung wäre – wie auch in Mainz – gefährdet, da die Brunnen überflutet wären. Die Elbe hat am Scheitelpunkt des Hochwassers in Dresden das Dreifache der üblichen Wassermenge transportiert. Harald Müller, stellvertretender Leiter der Wiesbadener Feuerwehr, sagt: „Wenn wir das auf den Rhein übertragen, war die Elbe ein Klacks.“



## Flut schwappt in die Politik

Diskussion in den Bundesländern

Von unserem Redaktionsmitglied Florian Giezewski

**RHEIN-MAIN** – Die Bilder aus den ostdeutschen Überschwemmungsgebieten haben die politische Diskussion um den Hochwasserschutz auch in Hessen und Rheinland-Pfalz kräftig angekurbelt. Den Schwarzen Peter hat dabei immer wieder Hessen: Umweltschützer und Anlieger an Mittelrhein und Niederrhein werfen dem Bundesland vor, nicht genug für den Hochwasserschutz zu tun. Dem gegenüber stellt sich Rheinland-Pfalz als Musterknabe dar: Das Land kündigt an, fast 50 Prozent mehr an Rückhalteraum zu schaffen, als in internationalen Verträgen vereinbart wurde.

Die aktuelle Hochwasser-Katastrophe spült besonders einen alten politischen Dauerbrenner wieder an die Oberfläche: den seit Jahren diskutierten Großpolder bei Trebur. Hochwasserspezialisten vom Auen-Institut des World Wide Fund for Nature (WWF) for-

An der hessischen Landesregierung prallen die Forderungen bisher ab. Umwelt-Staatssekretär Frank Gotthardt (CDU) verweist auf Beschlüsse des Landtags, der den Polder nicht gegen den Widerstand der Betroffenen durchsetzen will. Im übrigen würde dieser Polder bei einem Hochwasser wie derzeit an der Elbe die gefährdeten Landstriche „auch nicht retten“.

### Koalition meidet Trebur

Die CDU/FDP-Koalition im Wiesbadener Landtag will an den Polder in Trebur ebenfalls nicht heran. „Nicht gegen die Bevölkerung“ – so heißt es bei beiden Fraktionen. Allerdings sind sich die Landtagsabgeordneten Walter Arnold (CDU) und Roland von Hunnius (FDP) einig, dass die Katastrophe an der Elbe auch bei den Rhein-Anliegern zum Umdenken führen könnte. Arnold hält es für nötig, zum Thema Hochwasser „alles zu überdenken“.

Die Opposition im Wiesbadener Landtag sieht sich in ihrer Kritik an dem erst im Früh-

jahr geänderten Wassergesetz bestätigt. Es ermöglicht sowohl innerhalb von Orten als auch in neuen Baugebieten die Bebauung von Überschwemmungsflächen. Die Elbe beweise die Notwendigkeit, Überschwemmungsgebiete „von Bauten frei zu halten, sagte die Landtagsabgeordnete Ursula Hammann (Grüne). In der nächsten Woche werde man eine Änderung des Wassergesetzes beantragen und die Koalition im Landtag „zwingen, Farbe zu bekennen“. Eine Rücknahme der Bauerlaubnis für Überschwemmungsgebiete fordert auch Gerold Reichenbach (SPD).

Der Umwelt-Staatssekretär hält die Kritik am Wassergesetz nach wie vor für unbe-

gründet. Denn das Gesetz erlaube die Schließung von Baulücken in Ortslagen. „Das hat keine regionale Auswirkung“, ist Gotthardt überzeugt. Und bei der Ausweisung von Baugebieten in Überschwemmungsflächen überlasse man es bewusst Städten und Kreisen, die Gefahren abzuwägen. Da in Bebauungsplänen die Hochwassergefahr nach dem neuen Gesetz vermerkt wird, „muss jeder wissen, was er tut“.

### „Gesetz bremst Deichbau“

Im Gegenzug verweist er auf die finanziellen Anstrengungen des Landes im Hochwasserschutz. Mit mehr als 20 Millionen Euro habe sich Hessen am Bau von Poldern am Oberrhein beteiligt, so Got-

Die theoretisch von einem Hochwasser bedrohten Regionen sind blau markiert. Nur in absoluten Ausnahmesituationen werden sie tatsächlich alle gleichzeitig überflutet. Grafik: IKSR/Thomas Heid